

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Anstalten
und die Kaufleute die Poststellen
an. — Erscheint wöchentlich.
Gesamtpreis: 1/2 Mark Nr. 53.

Regelnummer: Die Lebensversicherung
Gesellschaft für Sachsen und
Thüringen 20 Goldmarken, an-
wärter: Augustin 20 Goldmarken,
Karlmann-Pottgiß 20 Goldmarken,
amtliche Seite 20 Goldmarken.

Telegramme: Cogeblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Nr. 1000

Nr. 289

Freitag, den 12. Dezember 1924

19. Jahrgang

Rücktrittsbeschluß des Reichskabinetts.

Die gestrige Kabinettsitzung.

Die Reichsregierung trat gestern nachmittag um 5 Uhr zu der angekündigten Sitzung zusammen. Reichsminister Dr. Stresemann machte nach einer Skizzierung der politischen Lage, die Reichskanzler Marx gab, Mitteilung über die vom Vorstand der Deutschen Volkspartei eingenommene Haltung, die, wie wir an anderer Stelle mitteilen, die Neubildung des Kabinetts nur auf der Basis einer reinbürgerlichen Regierung vorgenommen werden soll. Nach eingehender Aussprache hat sich das Kabinett dahin entschieden, daß es alsbald zurücktreten werde. Der Reichskanzler wird sich mit dem Reichspräsidenten wegen des Zeitpunktes des Rücktritts ins Benehmen setzen.

Die Volkspartei einmütig für den Bürgerblock.

Der Vorstand der Deutschen Volkspartei trat gestern vormittag zu einer Sitzung zusammen, die sich bis in die Abendstunden hineinzog. Wie schon nicht mehr zweifelhaft war, gehen die Absichten des Parteivorstandes einmütig dahin, die kommenden Regierungsverhandlungen nur auf der Basis des Bürgerblockes zu führen. An der Sitzung nahm auch Dr. Stresemann teil, der dafür eintrat, auf der Grundlage früherer Beschlüsse zu verharren, eine rein bürgerliche Regierung anzustreben und sich an der Kabinettsbildung im Reich und in Preußen zu beteiligen.

Man muß nun abwarten, wie das Zentrum nach diesen zunächst kategorisch wirkenden „Beschlüssen“ des vorkabinetlichen Parteivorstandes sich entscheiden wird.

Berlin, 10. Dez. Heute herrscht hier allgemein der Eindruck, daß die Aussichten der großen Koalition sich vermindert, die des Bürgerblockes dagegen sich verbessert haben. Die Gründe hierfür liegen vor allem in der Haltung der Deutschen Volkspartei, die sich auf den Reichstagsfestlegung fähig, der ihren Interessen natürlich auch im Hinblick auf die bevorstehende Lastenverteilung weit vorteilhafter erscheint als die Verbindung nach links. Ganz abgesehen davon, daß die Partei natürlich auch gern die Gelegenheit benützt, endlich einmal jene Konsequenz zu zeigen, deren Mangel ihr bisher von allen Seiten vorgeworfen wurde. Immerhin wäre ja auch die Volkspartei allein nicht imstande, den Bürgerblock herbeizuführen, wenn nicht auch das Zentrum sich an ihm beteiligen würde. Der Schlüssel der Situation liegt also eigentlich nicht bei der Volkspartei, sondern weiter links. Daß aber beim Zentrum der rechte Flügel immer stärker nach Beachtung drängt, ist seit längerer Zeit schon offenbar geworden. Allerdings ist wohl auch klar, daß der Mann, der das Zentrum dem Bürgerblock zuführen würde, nicht mehr Marx heißen

kann. Eben deshalb taucht der Name Siegelwald immer wieder auf.

Erörtert wird heute auch die anscheinend planmäßig in die Diskussion geworfene Kombination, daß man nur im Reich den Bürgerblock bilden, in Preußen aber (als Zugewandnis an die Wahlerfolge der Sozialdemokratie) die Große Koalition bestehen lassen könnte. Über man kann wohl nicht einmal von den Deutschnationalen erwarten, daß sie die in der Außenpolitik des Reiches ihnen unfehlbar bevorstehenden Mißerfolge auf sich nehmen, während in Preußen, auf dessen Verwaltung es ihnen ja vor allem ankommt, ohne ihre Mitglieder regiert wird.

Berlin, 11. Dez. Zu dem gestrigen Beschluß des Reichskabinetts, alsbald zurückzutreten, bemerkten die Blätter, daß der Reichskanzler voraussichtlich noch am Laufe des heutigen Tages Gelegenheit nehmen werde, mit dem Reichspräsidenten über den Beschluß Rücksprache zu nehmen. Die weiteren Äußerungen der Blätter zur Lage lassen den Schluß zu, daß gegenwärtig die Bürgerblockregierung mit Einschluß der Deutschnationalen größere Aussicht auf Verwirklichung hat als die große Koalition.

Ein Bürgerblock — Verfälschung der Wahlen.

Schweizer Stimmen über die Regierungsbildung. Bern, 10. Dez. In einer Besprechung der Möglichkeiten der Regierungsbildung in Deutschland kommt der „Bund“ zu dem Schluß, daß durch die Herstellung des Bürgerblockes der Sinn der Wahlen gestiftet würde. „Die Wahlen sind,“ so führt das Blatt aus, „nicht nur zu diesem Zweck vorgenommen worden, eine sichere Mehrheit zu schaffen, sondern sie sollten auch darüber Auskunft geben, welchen politischen Kurs die Mehrheit des deutschen Volkes wünscht. Diese Befragung hat aber deutlich gezeigt, daß das deutsche Volk entschieden nicht jenen Parteien mehrheitlich zugestimmt ist, die den Wahlkampf im Zeichen der Monarchie führten, sondern jenen, die sich offen zur Weimarer Verfassung und damit zur Republik bekannt haben.“ Die „Baseler Nachrichten“ bedauern, daß bei dem deutschen Wahlsystem nicht festgestellt ist, ob z. B. bei den Deutschnationalen die Reiter des Damesplanes oder dessen unversöhnliche Feinde den Jura wahren erhalten hätten, bezugnehmend man nicht, was die Zentrumspolitik denke. Die Entscheidung der Wähler hing nach demokratischen Grundsätzen zur Weiterführung der bisherigen Regierungspolitik. Die „Baseler Nationalzeitung“ schreibt, zum erstenmal seit den Tagen von Weimar hätten die Rechten Stimmen verloren und für Aufstieg, der unabweislich schien, sei zum Stillstand gekommen.

Große Flottenrüstung Amerikas.

New York, 10. Dezember. Marine-Sekretär Wilson führte in einer Botschaft an das Marineministerium aus, daß für die amerikanische Flotte mehr getan werden müßte, um ihre volle Kampfkraft zu erhalten. Vor allen Dingen müsse das Stärkeverhältnis von 5:3 eingehalten werden. Weiter müßten die Kampfschiffe modernisiert und Begleitschiffe gebaut werden. Amerika habe am Kriege teilgenommen, weil Deutschland zeitweise Amerika sein Recht auf dem internationalen Handelsmarkt zu unterbinden versucht habe.

Fortfall der Zollleichterungen für Eupen und Malmedy.

Berlin, 10. Dezember. Die den Kreisen Eupen und Malmedy unter dem Vorbehalt des jederzeitigen Widerrufs zugestandenen Zollleichterungen (Zollerlass aus Billigkeitsgründen für Waren, welche zur Zeit des Inkrafttretens sich in den genannten Kreisen im freien Verkehr befanden und der Ergebnisse, welche nachweislich in diesen Kreisen aus deutschen Rohstoffen hergestellt sind) fallen mit Ablauf des 10. Januar 1925 fort. Waren der genannten Art, welche nach diesem Zeitpunkt zur Zollabfertigung gebracht werden, unterliegen der tarifmäßigen Behandlung.

Die italienische Presse und das Wahlergebnis.

Rom, 10. Dez. Der römische „Popolo“ erklärt in dem Anlaß der deutschen Wahlen einen Sieg der Demokratie. Die Nation habe damit die Zustimmung zu der klugen Realpolitik des Kanzlers Marx ausgesprochen. Der „Corriere della Sera“ meint, das Ergebnis bedeute einen Sieg der Anhänger der Republik, eine Konsolidierung nach der Mitte mit einer Neigung nach links.

Vertrauenskundgebung für Herriot.

Paris, 10. Dez. Die Nachsitzung der Kammer hat zu einer lebhaften Aussprache über den Kommunismus geführt. Besonders traten die Sozialdemokraten hervor. Ihr Führer sprach den Kommunisten jeden Einfluß auf die Arbeitermassen ab und verwarnet namens seiner Partei die Anwendung der Gewalt. Herriot gab folgende grundsätzliche Erklärung ab: Die Regierung will kein Blut an den Händen haben. Nach einem so schrecklichen Krieg, wie wir ihn durchgemacht haben, gibt es nichts Schrecklicheres als einen Bürgerkrieg. Wir können einander im Parlament bekämpfen. Es gibt aber eine Grenze, die die Regierung nicht überschreiten lassen wird. Es ist lächerlich, die Ereignisse aufzubauschen, um eine künstliche Panik im Publikum zu erzeugen. Herriot kündigte scharfe Maßnahmen gegen die ausländischen Kommunisten an, die durch Propagandatätigkeit unangenehm auffallen. Maßnahmen, wie die Einschränkung des Waffenverkaufs würden ebenfalls eine heilsame Wirkung haben. Nach der Wiederaufnahme der Sitzung sprach der Kommunist Doriot. Er gab auf eine Frage, ob er Anhänger der direkten Macht sei, eine unbestimmte Antwort. Schließlich stellte die Regierung die Vertrauensfrage. Sie wurde mit 819 gegen 29 Stimmen angenommen. Die Kammer nahm zum Schluß der Nachsitzung folgende Entschliessung an: „Die Kammer ist fest entschlossen, eine republikanische und soziale Aktion zu betreiben, die sich durch keine Politik systematischer Gewalttätigkeiten gefährden lassen will. Sie sprach der Regierung ihr Vertrauen aus und ging zur Tagesordnung über.“

Streik der österreichischen Postbeamten!

Wien, 10. Dez. Die „Technische Union“, die Vertretung der österreichischen Post-, Telegraphen- und Telephonbeamten, hat den Beschluß gefaßt, das heute Mittwoch mittags 12 Uhr ablaufende Minimum um 8 Stunden zu verlängern, indem sie mit einem Appell an die Öffentlichkeit tritt und behauptet, daß die Generaldirektion der Post in leichtfertiger Weise und in beinahe beschämendem Tone die gerechtfertigten Forderungen der notleidenden Beamenschaft abgelehnt hat. Die Schäden, die der Bevölkerung aus einem Streik erwachsen würden, seien verschuldet, nicht durch die Beamenschaft, sondern durch das Unverständnis der Generaldirektion. Die Situation gilt als sehr beschränkt und es wird damit gerechnet, daß der Post-, Telegraphen- und Telephonstreik vielleicht noch am heutigen Tage zum Ausbruch kommt.

Wieder ein Verbrechen im Amt.

In Schwerin war gegen den baltischen Abgeordneten des mecklenburgischen Landtages, Amtshauptmann Giese, ein Disziplinarverfahren eingeleitet worden, da er beschuldigt wurde, sich an Frauen, mit denen er amtlich zu tun hatte, vergangen zu haben. In nichtöffentlicher Verhandlung wurde Giese zur Dienstentlassung verurteilt.

Politische Rundschau.

Kein Bürgerblock in Sachsen möglich.

Von „besonderer Seite“ — gemeint ist Ministerpräsident Heide — erhält die Sächsische Staatsregierung eine Darlegung über die Übertragung des Wahlergebnisses auf die sächsischen Landtagswahlen. Bekanntlich würde sich eine bürgerliche Mehrheit von 51 gegen 45 Marxisten ergeben haben (20 Deutschnationale, 15 Volksparteiler, 8 Demokraten, 5 Wirtschaftlern, 3 Nationalsozialisten, 34 Sozialisten und 11 Kommunisten). Über ganz zutreffend schreibt die „besondere Seite“: „Eine nähere Betrachtung ergibt aber ohne weiteres, daß es (der Bürgerblock) praktisch zur Bedeutungslosigkeit verurteilt wäre, denn die Nationalsozialisten haben, wie sich bei den Abstimmungen in Stadtparlamenten (übrigens auch im Reichstag) bereits gezeigt hat, entscheidende Wirkung, mit den Kommunisten zusammenschließen. Man würde also in vielen Fällen mit einem Stimmenverhältnis von 48:48 zu rechnen haben, d. h. die parlamentarische Arbeit würde auf einem toten Punkt stehen. Um dies zu vermeiden, würde die große Koalition das einzige Mittel darstellen.“ Wäre kein Bürgerblock möglich, weil er nicht die Mehrheit hätte und sich nicht in Abhängigkeit von drei Rechtsradikalen begeben könnte, so wäre aber ebenso eine große Koalition mit Marx und Edel unentbehrlich für Demokraten und Volksparteiler, wenn man sie auch theoretisch konstruieren kann. Es ist also gut gewesen, daß die Landtagsauflösung abgelehnt worden ist.

Ein englisch-französisches Abkommen?

Keine Räumung der Kölner Zone. — Fortdauer der französisch-belgischen Ruhrbesetzung.

Rom, 10. Dez. Von unterrichteter Seite wird der Abschluß eines englisch-französischen Übereinkommens bestätigt. Hiernach wäre England nicht abgeneigt, die Fortsetzung der Okkupation Kölns über den Januar hinaus zu erwägen, und zwar unter der Begründung, daß Deutschland nicht sämtliche Bedingungen der Abrüstung erfüllt habe. (?) Dies würde im Gegensatz zu MacDonalds völlig kontrastierendem Standpunkte stehen und den vollen Beitritt Chamberlains zur französischen Auffassung bedeuten. Die Fortsetzung der englischen Okkupation Kölns würde ferner bedeuten, daß England keinerlei Einwendung gegen die Verlängerung der französisch-belgischen Ruhrbesetzung erhebt. Frankreich hätte also, ohne das Problem der Sicherheitsfrage aufzurufen, mindestens ein zeitweiliges Äquivalent erzielt. Dieses neue französisch-englische Abkommen würde noch verstärkt durch die Einwilligung Englands, daß die Militärkontrollkommission einen französischen Präsidenten erhalte.

Amerika beteiligt sich an einer Völkerbundskonferenz.

Washington, 10. Dez. Die amerikanische Regierung hat die Einladung des Völkerbundes angenommen, an einer Konferenz, die internationalen Handels-, Rüstungs- und Munitionsfragen besprechen soll, teilzunehmen. Die Konferenz soll im April oder Mai nächsten Jahres in Genf abgehalten werden.